

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:540455-2020:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Freiberg: Planungsleistungen im Bauwesen
2020/S 220-540455**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Mittelsachsen

Postanschrift: Frauensteiner Str. 43

Ort: Freiberg

NUTS-Code: DED43 Mittelsachsen

Postleitzahl: 09599

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Interner Service, Zentrale Dienste

E-Mail: vergabestelle@landkreis-mittelsachsen.de

Telefon: +49 3731799-3339

Fax: +49 3731799-3363

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.landkreis-mittelsachsen.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-1758e6c611b-47d64854f9830d31>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilhmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.evergabe.de

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.bietercockpit.de/>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Fachplanung Technische Ausrüstung HLS (ALG 1-3) Fachschulzentrum Freiberg – Zug

Referenznummer der Bekanntmachung: ZD 2020/33

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Umbau und die Ertüchtigung des gesamten Gebäudekomplexes Fachschulzentrum Freiberg – Zug, Technische Ausrüstung HLS (ALG 1-3) gem. §§ 53 ff. HOAI 2013, LPH 1-9, stufenweise Beauftragung.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DED43 Mittelsachsen
Hauptort der Ausführung:
Fachschulzentrum Freiberg – Zug
Hauptstraße 150
09599 Freiberg
Sachsen,
DEUTSCHLAND
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Das Landratsamt Mittelsachsen beabsichtigt den Umbau und die Ertüchtigung des gesamten Gebäudekomplexes des Fachschulzentrums Freiberg – Zug, Hauptstraße 150, 09599 Freiberg. Gesamtkostenrahmen (KG 200-700): derzeit ca. 3,5 Mio. EUR brutto, Bauwerkskosten (KG 400): ca. 1,406 Mio. EUR brutto#####.
Der Auftraggeber (AG) beabsichtigt die Leistungsphasen (Lph) 1 bis 9 der Fachplanungsleistung, Technische Ausrüstung HLS (ALG 1-3) gemäß HOAI § 53 ff. i. V. m. Anlage 15 zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.
Mit Abschluss des Verhandlungsverfahrens werden vorerst vertraglich die Leistungsphasen 1-4 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.
Der Abschluss der Leistungsphase 8 ist voraussichtlich Ende 2024.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium - Name: Persönliche Referenzen / Gewichtung: 50,00
Preis - Gewichtung: 50,00
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
Beginn: 01/03/2021
Ende: 31/12/2029
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen: Mit Abschluss des Verhandlungsverfahrens wird vorerst vertraglich die Leistungsphase 1-4 beauftragt.

Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung weiterer Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vollständig ausgefülltes Formular zur Eigenerklärung (FE) = Bewerbungsformular ist über die Vergabeplattform in Textform unterschrieben (Ausschlussgrund) fristgerecht elektronisch einzureichen. FE, per Post, E-Mail oder per Fax eingereicht, werden nicht berücksichtigt. Mitglieder von Bewerbergemeinschaften (BG) haben grundsätzlich alle Erklärungen/Nachweise für jedes Mitglied abzugeben, außer Angaben zum Projektteam sowie zu den Referenzen.

Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer:

1. Angaben zur Identität des Bewerbers.

2. Allgemeine Angaben: Angabe zur Einordnung des Unternehmens – bei BG: Angaben zur Einordnung des Unternehmens für jedes Mitglied; Rechtsform gem. § 43 (1) VgV; Bestätigung Wirtschaftsteilnehmer gem. § 73 (3) VgV (Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen); Angabe Wirtschaftsteilnehmer gem. § 53 (8) VgV (gewerbliche Schutzrechte).

3. Art der Bewerbung: Angabe Art der Bewerbung - Einzelbewerbung o. Bewerbergemeinschaft (bei BG gem. § 43 (2) VgV Eigenerklärung von jedem Mitglied separat vorlegen); bei BG: Erklärung über gesamtschuldnerische Haftung und bevollmächtigten Vertreter als Anlage (Formblatt) beifügen.

4. Angaben zu Vertretungsberechtigung des Wirtschaftsteilnehmers.

5. Angaben zu Nachauftragnehmern gem. § 36 VgV. Falls ja, ist durch jedes der betreffenden Unternehmen eine separate Verpflichtungserklärung als Anlage (Formblatt im Anhang Bewerbungsformular) beizufügen.

6. Angaben zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen gem. § 47 (1) VgV: Falls ja, ist für jedes Unternehmen ein separates – vom jeweiligen Unternehmen ordnungsgemäß ausgefülltes u. unterzeichnetes Formular zur Eigenerklärung mit erforderl. Informationen der III.1.1) A und B sowie Eigenerklärung zu Ausschlussgründen (Teil III) vorzulegen. Dazu ist die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen als Anlage (Formblatt) mit den geforderten Angaben auszufüllen.

7. Eigenerklärung zu Gründen im Zusammenhang mit einer strafrechtl. Verurteilung gem. § 123 (1) GWB. Falls ja, Angabe: Datum Verurteilung, Art der Straftat, Gründe für die Verurteilung; verurteilte Personen; soweit unmittelbar im Urteil festgelegt: Dauer des Ausschlusszeitraums und Tatbestände. Im Fall einer Verurteilung: Angabe, ob Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen wurden. Falls ja, Beschreibung der Maßnahmen.

8. Eigenerklärung zu Gründen im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen gem. § 123 (4) GWB. Angabe, ob allen Verpflichtungen im Zusammenhang mit Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen wurde.

9. Eigenerklärung zu Gründen im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichem Fehlverhalten gem. § 124 (1) GWB (fakultative Ausschlussgründe). Liegen Ausschlussgründe vor? Falls ja,

Ausführung welche Gründe vorliegen. Wurden selbstreinigende Maßnahmen getroffen? Falls ja, Beschreibung Maßnahmen.

Befähigung zur Berufsausübung gemäß § 44 (1) VgV:

1. Nachweis Eintragung in ein Handels- oder Partnerschaftsregister: Vorlage Kopie Handels-/Partnerschaftsregisterauszug; falls nicht vorliegend: Begründung. Der Handels-/Partnerschaftsregisterauszug muss die aktuellen Verhältnisse widerspiegeln, darf jedoch nicht älter als 12 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufes der Bewerbungsfrist sein.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung, Nachweis durch Kopie als Anlage.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 1. Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV:

1.1. Name des Versicherers; Deckungssumme Personenschäden; Deckungssumme Sonstige Schäden; Maximierung im Schadenfall; belegt durch Kopie als Anlage.

1.2. Werden die gemäß Vergabebekanntmachung geforderten Deckungssummen in Höhe von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden sowie die geforderte zweifache Maximierung nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass 1. die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder 2. im Auftragsfall eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Für geplante Nachunternehmer muss keine Versicherungsbestätigung vorliegen. Der Nachweis des Versicherers darf nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Bewerbungsfrist des Teilnahmeantrages sein. Der Nachweis ist als Anlage in Kopie beizufügen!

Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters sofern dieser die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Auftraggeber (AG) wird die fristgerecht eingegangenen Angebote anhand der in der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen formal u. inhaltlich prüfen. Die Bewertung erfolgt unter den formal zulässigen Angeboten (Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindeststandards) anhand einer Bewertungsmatrix, wobei die Kriterien wie folgt bewertet werden: pro Zuschlagskriterium können 0 bis 3 Punkte (siehe Bewertungsmatrix) vergeben werden, Punktzahl pro Kriterium wird gewichtet. Die Rangfolge richtet sich nach der erreichten Gesamtpunktzahl von 300. Erfüllen mehrere Bieter mit festgelegter Höchstzahl gleichermaßen die Anforderungen u. ist die Bieterzahl auch nach einer objektiven Auswahl gleich, entscheidet

unter diesen der höchste Punktwert im Kriterium 1. Honorarangebot. Besteht auch hier Gleichstand in der erreichten Punktbewertung, entscheidet unter diesen das Los.

Formale Prüfung Mindeststandards:

1. Abgabefrist eingehalten,
 2. Einreichen d. vollständigen Angebots über Vergabepattform (Einreichung per Post, E-Mail oder Fax nicht zulässig),
 3. Abschlusserklärungen in Textform bestätigt,
 4. Bestätigung d. Unabhängigkeit v. Ausführungs- und Lieferinteressen gem. § 73 (3) VgV,
 5. Angabe gem. § 53 (3) VgV, ob für Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen o. beantragt sind,
 6. Angabe Art d. Bewerbung,
 7. bei Bewerbergemeinschaften (BG): Geforderte Nachweise aller Mitglieder u. Erklärung zur gesamtschuldner. Haftung, falls zutreffend,
 8. Vorlage Organigramm,
 9. Angaben Unterauftragnehmern gem. § 36 VgV, Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer beigefügt, falls zutreffend,
 10. Angaben Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) gem. § 47 (1) VgV, Verpflichtungserklärung Unternehmen beigefügt, falls zutreffend,
 11. Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen v. Mitgliedern einer BG bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder d. BG zur Folge,
 12. Bestätigung d. Nichtvorliegens zwingender u. fakultativer Ausschlussgründe nach §§ 123 u. 124 GWB,
 13. Handels-/Partnerschaftsregisterauszug gem. Pkt. III.1.1),
 14. Berufshaftpflichtversicherung gemäß Pkt. III.1.2),
 15. Mindestreferenz A gemäß Pkt. III.1.3),
 16. Nachweise berufl. Qualifikation Projektleiter/Objektüberwacher gemäß Pkt. III.1.3),
 17. Nachweis Zertifikat Schulung nach VDI 6022 Kategorie A und 6023 Kategorie A für mind. ein Büromitglied.
- Zuschlagskriterien u. Wichtung:

1. Honorarangebot, Gewichtung 50 %,
2. Persönliche Referenzen (Ref.) des Projektteams, Erfahrung der vorgesehenen Person in vergleichbarer Funktion, Übergabe Nutzer im Zeitraum vom 1.12.2015 bis 30.11.2020. Die nachfolgenden pers. Ref. können auch die als Mindestref. des Büros genannten Projekte beinhalten, Mehrfachnennungen sind möglich. Gewichtung 50 %, davon:
 - 2.1. Persönliche Ref. Projektleiter (PL): Erfahrungen bei der Fachplanung (FP) von techn. Anlagen (mind. ALG 1-3) für Sanierung und/oder den Neubau einer technischen Anlage eines Gebäudes, mind. Honorarzone II, mind. Lph 2 + 3 + 5-8 erbracht, Bewertung Bauwerkskosten brutto (KG 410-430); 20 %,
 - 2.2. Persönliche Ref. Objektüberwacher: Erfahrungen bei der FP von techn. Anlagen (mind. ALG 1-3) für Sanierung und/oder den Neubau einer technischen Anlage eines Gebäudes, mind. Honorarzone II, mind. Lph 2+3+5-8 erbracht; Bewertung Bauwerkskosten brutto (KG 440+450), 20 %,
 - 2.3. Persönliche Ref. PL oder OÜ: Erfahrungen mit öffentlichem Vergaberecht nach VOB A § 3 (1) oder (2) oder § 3 EU (1) oder (2) bei der Planung einer techn. Anlage (mind. ALG 1-3) eines o. mehrerer Gebäude, mind. Lph 6-8 erbracht; 10 %.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Referenz gem. § 46 (3) Nr. 1 i. V. m. § 75 (5) VgV:

1. Mindestreferenz A: Planung einer Technischen Anlage (ALG 1-3), mind. Lph 2 + 3 + 5-8 bei der Sanierung, Modernisierung oder Instandsetzung einer technischen Anlage eines Gebäudes, mind. HZ II, Bauwerkskosten

(KG 410-430) von mind. 150 000 EUR brutto, die Referenz wurde im Zeitraum 1.12.2015 bis 30.11.2020 fertiggestellt (Übergabe Nutzer).

2. Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufl. Befähigung des Projektteams gem. § 46 (1) i.V.m. § 46 (3) Nr. 2 u. 6 VgV – PL und OÜ nicht in Personalunion:

2.a) Nachweis der berufl. Qualifikation des Projektleiters (mind. Dipl./Master Bauing.) im Bereich Technische Ausrüstung/ Versorgungstechnik o. vgl., mind. 5 Jahre anlagengruppenspezifische Berufserfahrung.

2.b) Nachweis der berufl. Qualifikation des Objektüberwachers (Techniker/ Meister/ Bachelor/ Dipl./ Master Bauing.) im Bereich Technische Ausrüstung/ Versorgungstechnik o. vgl., mind. 5 Jahre anlagengruppenspezifische Berufserfahrung,

2.c) Qualifikationsnachweis eines Büromitgliedes nach VDI/DVGW 6023 „Hygiene in Trinkwasser-Installationen“#“ Kategorie A,

2.d) Qualifikationsnachweis eines Büromitgliedes nach VDI/DVGW 6023 „Raumluftechnik, Raumlufqualität“ Kategorie A.

Hinweis: Berufserfahrung wird ermittelt ab dem Datum des geforderten Studienabschlusses bis zum Fristende zur Einreichung dieses Angebots.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

§ 75 (2) und (3) Vergabeverordnung (VgV)

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Rechtsform von Bewerbergemeinschaften (BG): gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Abgabe Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Für die Erklärung kann das vorgegebene Formblatt verwendet werden, das als Anlage Bewerbungsformular beiliegt. Die Vorlage des Nachweises hat mit Abgabe der Bewerbung zu erfolgen. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 15/12/2020

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 28/02/2021

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 15/12/2020
Ortszeit: 13:00
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Entfällt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
Aufträge werden elektronisch erteilt
Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Einzureichende Unterlagen:
— Formular zur Eigenerklärung (Bewerbungsformular) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): das Formular zur Eigenerklärung ist voll umfänglich auszufüllen. Alle notwendigen Anlagen bzw. Nachweise sind gesondert beizufügen. Das Formular zur Eigenerklärung kann unter der im Punkt I.3. dieser Bekanntmachung angegebenen Internetadresse abgerufen werden,
— Honorarblatt: Das Honorarblatt ist voll umfänglich auszufüllen,
— Angebotsschreiben: Das Angebotsschreiben ist vollumfänglich auszufüllen und in Textform zu bestätigen. Elektr. Angebotsabgabe in Textform, mit fortgeschrittener/qualifizierter Signatur ist zugelassen.
Die Einreichung der Angebote per Telefax, E-Mail od. über Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform ist nicht zulässig.
Die Kommunikation für Verfahren mit ausschließlich elektronischer Abgabe der Angebote erfolgt nur über die Plattform eVergabe.de! Informationen über Änderungen der Bekanntmachungen/Vergabeunterlagen sowie sämtliche nach der Angebotsöffnung folgende Kommunikation (z. B. Nachforderungen von Unterlagen) werden elektronisch über eVergabe.de bereitgestellt. Auch die Bieteranfragen zu den Vergabeunterlagen müssen elektronisch über eVergabe.de bzw. dem Bietercockpit gestellt werden. Deren Beantwortung erfolgt ebenfalls elektronisch über eVergabe.de. Alle Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden, werden gemäß § 134 GWB spätestens 10 Kalendertage vor der Zuschlagserteilung in Textform, grundsätzlich auf elektronischem Weg oder ggf. per Fax über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsabschlusses informiert. Informationen zu den technischen Anforderungen erhalten Sie unter eVergabe.de.
Die Bieter erklären förmlich, dass die von Ihnen angegebenen Informationen in der von Ihnen eingereichten Eigenerklärung genau u. korrekt sind u. sie sich der Konsequenzen einer schwerwiegenden Täuschung

bewusst sind. Die Bieter erklären förmlich, dass Sie in der Lage sind, die Bescheinigungen u. a. genannte dokumentarische Nachweise unverzüglich auf Anfrage beizubringen.

Nicht fristgerecht elektr. eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Der AG behält sich nach § 56 (2) bis (4) VgV vor, fehlende Nachweise u. Erklärungen nachzufordern. Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben. Anlagen z. Angebot d. Bieters dürfen max. 30 MB nicht überschreiten. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). Im Auftragsfall hat der AN die ihm übertragenen Leistungen in seinem Büro bzw. gem. den Angaben im Angebot zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist eine weitere, im Angebot nicht angekündigte Unterbeauftragung zulässig. Für die gesamte Projektlaufzeit ist die personelle Kontinuität hinsichtlich der Präsenz vor Ort zu gewährleisten. Nicht erwünscht sind Werbebroschüren/Unterlagen zur Vorstellung des Bieters sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt. Für die Ausarbeitung der Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet. Hinweis: Vorlage der Verpflichtungserklärungen gem. § 47 VgV der Nachunternehmer (NU) u. ggf. deren NU, soweit sich der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, o. ein Mitglied einer BG, die den Zuschlag erhalten soll, auf die Fachkunde oder Leistungsfähigkeit von NU beruft. Sollten Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorgelegt werden können, erfolgt ein nachträglicher Ausschluss wegen mangelnder Eignung (Ausschlusskriterium). Enthalten die Bekanntmachung od. Unterlagen zum Verfahren Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter den AG unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bieter mit diesen Einwendungen präkludiert. Fragen und/oder Hinweise zu den Vergabeunterlagen sind nach Erhalt dieser unverzüglich und bis spätestens 7.12.2020 zulässig. Die Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu> ist die einzig amtliche Bekanntmachung.

Bei den Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch BG gemeint, mit „Auftragnehmer“ der Bieter bzw. die BG.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen, DS
Leipzig
Postanschrift: Braustraße 2
Ort: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land: Deutschland
E-Mail: wiltrud.kadenbach@lds.sachsen.de
Telefon: +49 341977-1040
Fax: +49 341977-1049
Internet-Adresse: www.lds.sachsen.de

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nach § 160 (3) GWB unzulässig ist, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen, DS
Leipzig

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: wiltrud.kadenbach@lds.sachsen.de

Telefon: +49 341977-1040

Fax: +49 341977-1049

Internet-Adresse: <https://www.lds.sachsen.de>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

06/11/2020